

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Weimarer Republik

Franka Maubach
WEIMAR (NICHT)
VOM ENDE HER DENKEN

Jörn Leonhard
DIE WEIMARER REPUBLIK
ALS METAPHER UND
GESCHICHTSPOLITISCHES
ARGUMENT

Ursula Büttner
AUSGEFORSCHT?
DIE WEIMARER REPUBLIK
ALS GEGENSTAND
HISTORISCHER FORSCHUNG

Andreas Rödder
GUSTAV STRESEMANN
UND DIE PERSPEKTIVE
DER ANDEREN

Dirk Schumann
NACHKRIEGSGESELLSCHAFT.
ERBSCHAFTEN DES
ERSTEN WELTKRIEGS IN
DER WEIMARER REPUBLIK

Kirsten Heinsohn
„GRUNDSÄTZLICH“
GLEICHBERECHTIGT.
DIE WEIMARER REPUBLIK
IN FRAUENHISTORISCHER
PERSPEKTIVE

Philipp Stiasny
JÜDISCHES FILMSCHAFFEN
IN DER WEIMARER
REPUBLIK

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

PREKÄRE SELBSTVERSICHERUNG

Die Weimarer Republik als Metapher und geschichtspolitisches Argument

Jörn Leonhard

Jedem Vergleich ist eine besondere Suggestionskraft eigen. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht erkannte Hans-Ulrich Wehler im scharfen „Säurebad des Vergleichs“ den einzigen und unübertrefflichen Ersatz „für das naturwissenschaftliche Experiment“, über das Historiker verfügten, um wie in einer Laborsituation das relative Gewicht von Faktoren für historische Prozesse zu bestimmen.⁰¹

Die Vielfalt möglicher Vergleiche lässt sich anhand von zwei Kategorien ordnen: Kontrastierende Analysen fragen nach Divergenzen, generalisierende Analysen nach Konvergenzen zwischen Vergleichsfällen.⁰² Beide Positionen gehören zu den grundlegenden Kategorien komparativen Vorgehens.⁰³ Der Historiker Otto Hintze beschrieb sie 1929: „Man kann vergleichen, um ein Allgemeines zu finden, das dem Vergleichenen zugrunde liegt; man kann vergleichen, um den einen der möglichen Gegenstände in seiner Individualität schärfer zu erfassen und von dem anderen abzuheben.“⁰⁴

Damit sprach Hintze eine besondere Funktion des Vergleichs an, nämlich die Abgrenzung von spezifischen Kennzeichen eines Falls in der historischen Entwicklung eines Staates oder einer Gesellschaft. Diese „Instrumentalisierung des Fremden“ dient einer geschärften Erkenntnis, so wie der Soziologe Max Weber mit Blick auf die asiatischen Hochkulturen die Charakteristika der okzidentalen Kultur in ihrer rational-modernen Ausprägung analysiert und zugleich dokumentiert hat, wie sehr solche asymmetrischen Vergleiche häufig mit Verzerrungen einhergehen.⁰⁵ Letztlich folgt auch die Auseinandersetzung mit impliziten oder expliziten historischen Sonderwegerzählungen einem solchen asymmetrischen Vorgehen, aus dem selten ergebnisoffene Analysen hervorgehen. Vielmehr sind die Ergebnisse des Vergleichs häufig vorstrukturiert, indem nur solche Aspekte ausgewählt werden, die die vermeintliche Sonderentwicklung belegen.

„Weimar“ ist für die deutsche Auseinandersetzung mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts eine Chiffre für eine solche Art asymmetrischer Vergleiche geworden, bei denen das Ergebnis häufig bereits durch die Ausgangsfrage oder den Fokus vorstrukturiert war. Als eine suggestive Ortsmetapher steht der Begriff weniger für eine komparative Gegenüberstellung von Staaten und Gesellschaften, sondern in erster Linie für einen diachronen Vergleich zwischen Epochen der deutschen Geschichte, die mit den Begriffen der Weimarer, der Bonner und der Berliner Republik die tektonischen Umbrüche zwischen 1918 und der Gegenwart in eine Beziehung zueinander setzen.⁰⁶

Dabei entwickelte der Vergleich der politischen und sozialen Ordnungen nach 1945 mit der Weimarer Republik, der über Analogien und historische Parallelisierung funktionierte und im Kern immer wieder um die Frage nach den Bedingungen stabiler Demokratie in Deutschland kreiste, seine eigene geschichtspolitische Dimension. Der Vergleich mit der ersten deutschen Demokratie, ihrer schwierigen Geburt aus dem Kontext von Niederlage und Revolution 1918, ihrer prekären Stabilisierung nach 1923, der Hinweis auf Krise und Untergang ab 1928, sind bis heute ein fest verankerter Teil des politisch-historischen Vokabulars und des geschichtspolitischen Argumentationsreservoirs.⁰⁷

Ob in der Selbstversicherung „Bonn ist nicht Weimar“ oder der Warnung vor „Weimarer Verhältnissen“: In der Abgrenzung oder im warnenden Appell wird bis in die Gegenwart ein besonderer Modus sichtbar, mit dem man sich in Deutschland auf die Weimarer Republik bezieht und sich die erste demokratische Republik aneignet. Die historische Linie der Weimar-Vergleiche spiegelt daher wie eine Fieberkurve die Suche nach Selbstvergewisserung und die Rhythmen kollektiver Erregung der deutschen Gesellschaft

nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wider. Daher verraten Weimar-Vergleiche wenig über die Weimarer Republik selbst – und umso mehr über Suchbewegungen, Selbstbilder und Standortbestimmungen der Deutschen nach zwei Weltkriegen, vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs und der Konkurrenz zwischen Bundesrepublik und DDR und schließlich angesichts der Neudefinition der Berliner Republik nach 1989/90.

NACHKRIEGSALARMISMUS

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Erinnerung an die Weimarer Republik schon durch die biografische Verankerung vieler Politiker in den 1920er Jahren besonders prägend.⁰⁸ Zunächst dominierte der historisch-didaktische Versuch, aus dem Scheitern der Republik konkrete politische und zumal verfassungsrechtliche Lehren zu ziehen, die in die Ausarbeitung des Grundgesetzes für den westdeutschen Teilstaat einfließen und für die langfristige Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik an der sozialstaatlichen und föderalen Akzentuierung

der Weimarer Reichsverfassung fest, standen die Fünfprozenthürde, die Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, das konstruktive Misstrauensvotum und die Abdrängung plebiszitärer Elemente für eine kritische Absetzung gegenüber der ersten Republik und ihrer Unfähigkeit, stabile Mehrheiten zu produzieren.⁰⁹

In der Zeitschrift „Die Gegenwart“ formulierte der Schriftsteller und Journalist Robert Haerdter im März 1949 die Leitfrage der deutschen Nachkriegsgesellschaft: „Tatsächlich führt jede Überlegung immer wieder auf die Frage nach den Ursachen der deutschen Niederlage zurück, und diese konfrontiert uns unausweichlich immer wieder mit der Frage nach der Struktur der Weimarer Republik oder – weniger konstitutionell als politisch formuliert – mit der Gewissensfrage nach den Gründen, weshalb die Deutschen vor 1933 die Chance der Freiheit, die ihnen doch einmal gegeben war, so miserabel vertan und es dazu haben kommen lassen, dass die Misshandlung und endlich die Ausrottung der Freiheit selbst beinahe ihre bare Existenz als Volk aufs Spiel gesetzt hat.“¹⁰

01 Hans-Ulrich Wehler, „Deutscher Sonderweg“ oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus?, in: ders., *Politik in der Geschichte. Essays*, München 1998, S. 78–92, hier S. 91. Vgl. Jürgen Kocka, *Probleme einer europäischen Geschichte in komparativer Absicht* (1988), in: ders., *Geschichte und Aufklärung. Aufsätze*, Göttingen 1989, S. 21–28; Johannes Paulmann, *Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, in: *Historische Zeitschrift* 267/1998, S. 649–685.

02 Vgl. Heinz-Gerhard Haupt/Jürgen Kocka, *Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt/M. 1996, S. 9–45, hier S. 11.

03 Dies gilt seit der Unterscheidung zwischen einer „method of difference“ und einer „method of agreement“ durch den Philosophen Stuart Mill und bis hin zu jener zwischen „contrasting type“ und „universalizing type“ durch den Historiker Charles Tully. Vgl. John Stuart Mill, *Philosophy of Scientific Method*, New York 1881, S. 211 ff.; Charles Tully, *Big Structures, Large Processes, Huge Comparisons*, New York 1984, S. 80.

04 Otto Hintze, *Soziologische und geschichtliche Staatsauffassung* (1929), in: ders., *Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen*, Bd. 2, Göttingen 1964, S. 251.

05 Haupt/Kocka (Anm. 2), S. 15 f. Vgl. Stephan Kalberg, *Max Weber's Comparative-Historical Sociology*, Cambridge 1994.

06 Vgl. Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*, München 2002; Dirk A. Moses, *The „Weimar Syndrome“ in the Federal Republic of Germany. The Carl Schmitt Reception by the Forty-Fiver Generation of Intellectuals*, in: Stephan Loos/Holger Zabrowski (Hrsg.), *Leben, Tod, Entscheidung. Studien zur Geistesgeschichte der Weimarer Republik*, Berlin 2003, S. 187–207;

Sebastian Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009; ders., *Der lange Schatten der ersten deutschen Demokratie. Weimarer Prägungen der frühen Bundesrepublik*, in: Alexander Gallus (Hrsg.), *Rückblickend in die Zukunft: Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930*, Göttingen 2011, S. 35–50.

07 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Die Weimarer Erfahrung*, in: ders., *Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987–1992*, Stuttgart 1992, S. 11–16; Marie-Luise Recker, „Bonn ist nicht Weimar.“ Zu Struktur und Charakter des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 5/1993, S. 287–307; Frank Bärenbrinker/Christoph Jakobowski, „Bonn ist nicht Weimar.“ Historisch-politische Überlegungen zum Demokratiebild in Deutschland, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 5/1996, S. 436–446; Christoph Gusy (Hrsg.), *Weimars lange Schatten. „Weimar“ als Argument nach 1945*, Baden-Baden 2003, S. 215–237.

08 Vgl. Jürgen Falter, *Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 3/1981, S. 236–263.

09 Vgl. Dietmar Schirmer, *Ist Bonn Weimar ist Berlin? Die Weimarer Republik als symbolisches Dispositiv der deutschen Nachkriegsdemokratien*, in: Friedrich Balke/Benno Wagner (Hrsg.), *Vom Nutzen und Nachteil historischer Vergleiche. Der Fall Bonn – Weimar*, Frankfurt/M. 1997, S. 125–146, hier S. 131 f.

10 Robert Haerdter, *Courage, Furcht und Konventionen*, in: *Die Gegenwart* 5/1949, S. 5 f., hier S. 5, zit. nach Sebastian Ullrich, *Im Schatten einer gescheiterten Demokratie. Die Weimarer Republik und der demokratische Neubeginn in den Westzonen 1945–1949*, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004, S. 185–208, hier S. 185.

Die Schlussfolgerungen aus diesen Überlegungen mündeten in eine westdeutsche Kanzlerdemokratie, mit der man hoffte, eine Wiederholung des Katastrophenjahres 1933 unter allen Umständen zu verhindern, und diesem Ziel diente die Arbeit der Verfassungsväter und -mütter an der Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems, etwa durch die reduzierten Machtbefugnisse des Bundespräsidenten, der keine Sondervollmachten wie der Reichspräsident mit seiner plebiszitär abgesicherten „Reserveverfassung“ mehr haben sollte.¹¹ Auch die Neubegründung oder Neuentstehung milieuübergreifender Volksparteien wie der SPD oder der CDU und die Entwicklung einer demokratischen Grundüberzeugung der im Parlament vertretenen Parteien standen nach 1949 zunächst im Zeichen eines teils schrillen Alarmismus. Immer wurde daran erinnert, dass die Politiker der Bonner Republik eine Wiederholung des Weimarer „Wertrelativismus“ verhindern müssten.¹²

Vor diesem Hintergrund erwiesen sich Versuche, nach 1945 direkt an die Entwicklung zwischen 1918 und 1933 anzuknüpfen, als kontraproduktiv. Im Parteiprogramm der wiedergegründeten Zentrumsparterie vom Oktober 1945 war der Bezug auf die Weimarer Republik überdeutlich. Das Zentrum verwehre „seine Reihen all jenen, die aus Abneigung gegen Demokratie und sozialen Fortschritt den Untergang der ersten deutschen Republik bewirkt und dem Nationalsozialismus die Steigbügel gehalten haben (...) und reicht seine Hand all jenen, die mit ihm die zerstörte Weimarer Republik geehrt und gehütet haben“.¹³ Damit stellte sich die Partei als Verteidigerin der ersten deutschen Republik dar, während die neugegründete CDU dem Zentrum gerade wegen des Scheiterns der Republik Versagen vorwarf.

Das nachträgliche Bekenntnis des Zentrums half der Partei jedenfalls nicht, im Gegenteil. Für die neugegründeten Parteien der CDU und

der Liberalen bildete die Abkehr von Weimar, die ausgesprochene Distanz zu den Parteien vor 1933, eine entscheidende Leitlinie. Die unterstellte oder selbst herausgestellte Nähe zur Weimarer Republik wirkte in den ersten Jahren nach 1945 auf die meisten Deutschen jedenfalls zutiefst abschreckend.

Für die SPD bestand nach 1945 die wichtigste Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik vor allem in der nicht gelösten sozialen Frage, die im Grundgesetz nicht die Aufmerksamkeit erhielt, die die meisten Sozialdemokraten angestrebt hatten, um die Wiederholung einer Katastrophe wie 1933 zu verhindern. Der SPD-Abgeordnete Georg Diederichs betonte entsprechend Anfang 1949 vor dem Parlamentarischen Rat in Bonn: „Letzten Endes – das darf ich zum Schluss zu all den Argumenten sagen, die hinsichtlich des Versagens der Weimarer Republik angeführt worden sind – ist es die Nichteinlösung der sozialen Frage gewesen, die entscheidend zum Scheitern von Weimar beigetragen hat (...). Wir wissen ganz genau, dass all diese sozialen Probleme in unserem heutigen Grundgesetz nicht verankert sind.“ Die historische Perspektive erlaubte es, die Aufgaben des neuen Parlaments mit einer besonderen Bedeutung zu versehen.¹⁴

Die Omnipräsenz des Weimar-Vergleichs, die dauernde Bezugnahme auf die erste Republik und ihre Hypothesen, mochte historische Orientierung vermitteln, doch sie belastete die deutsche Nachkriegsgesellschaft auch. Die zum Teil einseitige Fixierung darauf, sich von Weimar abzugrenzen und die Gefährdungen einer Demokratie und des parlamentarischen Verfassungsstaates zu betonen, verstellte vielen Deutschen den Blick auf die nach 1945 grundlegend veränderten politischen und sozialen Bedingungen. Die Gefahr einer negativen Kontinuität oder gar einer Wiederholung, die sich mit der Präsenz Weimars in der neu entstehenden politischen Kultur Westdeutschlands verband, provozierte bei vielen Deutschen heftige Abwehrreaktionen und vertiefte das Misstrauen gegenüber der neuen Demokratie der Bundesrepublik. Die Weimarer Republik war aus dieser Perspektive keine abgeschlossene Geschichte, sondern reichte unmittelbar

11 Vgl. Friedrich Karl Fromme, *Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur*, Tübingen 1960; Peter Unruh, *Weimarer Staatsrechtslehre und Grundgesetz. Ein verfassungstheoretischer Vergleich*, Berlin 2004.

12 Vgl. Ullrich (Anm. 10), S. 206.

13 Zit. nach Ossip Flechtheim (Hrsg.), *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, Bd. 2, Berlin 1963, S. 244.

14 *Deutscher Bundestag/Bundesarchiv (Hrsg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*, Bd. 9: Plenum, München 1996, S. 368.

bar in die Gegenwart hinein. Zugleich fehlten in der Bundesrepublik zunächst positive Erfahrungen mit der neuen Demokratie, die den alarmistischen Blick auf die Kontinuität der Gefährdungen hätten eindämmen oder gar durchbrechen können.

Als der Historiker Karl Dietrich Bracher 1955 seine Studie über die „Auflösung der Weimarer Republik“ publizierte, konstatierte er kritisch, dass es „kaum eine Maßnahme“ gebe, „kaum eine Diskussion, kaum ein Werturteil im Bereich der gegenwärtigen Politik, die nicht auf das Beispiel der Weimarer Republik hin bezogen und an ihren ‚Lehren‘ gemessen werden“.¹⁵

NEGATIVE KONTRASTFOLIE

Es war kein Zufall, dass das bis heute einflussreiche Gegennarrativ zu diesem skeptischen Interpretationsmodus des Weimar-Vergleichs und der negativen Selbstfixierung von einem ausländischen Beobachter stammte. 1956 legte der Schweizer Journalist Fritz René Allemann eine Analyse des politischen Systems der Bundesrepublik und der auf die Person Konrad Adenauers zugeschnittenen Kanzlerdemokratie vor, mit der er den Deutschen vermitteln wollte, wie sehr sich die Rahmenbedingungen zwischen Weimar und Bonn verändert hatten.

Allemann war davon überzeugt, dass sich die westdeutsche Republik außerordentlich stabil entwickelt hatte. Vor allem sei es gelungen, die elementaren Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus nach 1945 hinter sich zu lassen. Der Bonner Staat habe eine eindruckliche „Leistung der nationalen und politischen Integration“ vollbracht und stehe auf einem weit aus stabileren Fundament als die erste deutsche Republik von Weimar – und das alles trotz der belastenden Vorbedingungen und der nach 1945 zunächst durchaus herrschenden Zweifel am zweiten demokratischen Experiment auf deutschem Boden.

Der „große – und wohl entscheidende – Unterschied gegenüber der Zeit zwischen 1918 und 1933“ lag für Allemann darin, dass es nach 1945 beziehungsweise 1949 „keine lebendigen Ge-

genbilder gegen die Idee des demokratisch und parlamentarisch geordneten Gemeinwesens“ mehr gab, dass „Demokratie und Parlamentarismus, wenn sie nicht als positive Zielsetzungen vom ganzen Volke angenommen (...) doch jedenfalls als Gegebenheiten hingenommen“ worden waren.¹⁶

Allemann schrieb seine Analyse 1963 fort und sah sich durch die Entwicklungen seit 1956 bestätigt. Er kam sogar zu dem Schluss, dass der junge Staat der Bundesrepublik „nach außen und innen besser konsolidiert“ sei, als man dies 1956 habe abschätzen können. Trotz des Endes der Ära Adenauer und damit des Auslaufens eines auf Person und Stil des ersten Kanzlers hin orientierten Regierungssystems, eben einer speziellen bundesdeutschen Kanzlerdemokratie, vertraute Allemann der Stabilität der Bonner Republik, die 1963 fast so lange existierte wie die erste deutsche Republik; sie sei auch für anstehende Veränderungen und mögliche Krisen in der Innen- und Außenpolitik gut gerüstet.¹⁷

Mit der von vielen Deutschen seit den 1950er Jahren konkret erfahrenen Stabilität der Kanzlerdemokratie, dem Wechselspiel von demokratischer Regierung und Opposition im Bonner Parlament, der wirtschaftlichen Dynamik in der Variante der sozialen Marktwirtschaft und der Verankerung der Bundesrepublik in das westeuropäisch-transatlantische Wertesystem, das zugleich Sicherheit im Kalten Krieg versprach, wuchs die Distanz vieler Deutscher zur Weimarer Republik.

An die Stelle des nach 1945 zunächst noch dominierenden Alarmismus, der im Rekurs auf Weimar das Misstrauen in den demokratischen Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt hatte, trat eine immer deutlichere Distanzierung. Erst auf der Grundlage positiver Erfahrungen in Westdeutschland konnte Bonn zum Anti-Weimar werden und emanzipierte sich allmählich von der skeptischen Erwartung der ersten Nachkriegsjahre. Jetzt wurde die Weimarer Republik zur negativen Kontrastfolie, die eine positive Selbstversicherung auf unterschiedlichen Politikfeldern erlaubte.

¹⁶ Fritz René Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln 1956, S. 413, S. 428. Vgl. Recker (Anm. 7), S. 287, S. 291.

¹⁷ Fritz René Allemann, *Zwischen Stabilität und Krise. Etappen der deutschen Politik 1955–1963*, München 1963, S. 9. Vgl. Recker (Anm. 7), S. 287.

¹⁵ Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Düsseldorf 1984⁵, S. XXI.

Stand „Bonn“ ab Mitte der 1950er Jahre politisch für einen demokratischen Konsens, für Stabilität, Westorientierung und außenpolitische Verlässlichkeit, so repräsentierte „Weimar“ eine instabile Konfliktkultur mit instabilen Regierungen, einer gefährlichen Sonderstellung des Militärs und einem Reichspräsidenten mit weitgehender Ersatzlegitimität sowie eine außenpolitisch schwierige Position zwischen Isolation und fragilen Versuchen des Ausgleichs mit dem Westen.

Vor allem wirtschaftlich wurde der Kontrast zwischen „Bonn“ und „Weimar“ Teil einer Selbstversicherung der bundesrepublikanischen Demokratie gegenüber der gescheiterten ersten Republik. Verbunden die Deutschen mit „Bonn“ Prosperität, Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität, blieb „Weimar“ ein Synonym für hohe Arbeitslosigkeit, Inflation und den Übergang der wirtschaftlich-sozialen Krise in politische Instabilität. Schien „Bonn“ gleichbedeutend mit einer gesellschaftlichen Pazifizierung im Zeichen der sozialen Marktwirtschaft und der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, hatten soziale Spannungen und Ungleichheit die Weimarer Republik stark belastet.

Allenfalls mit Blick auf die kulturelle Entwicklung fiel der Vergleich zugunsten Weimars aus: Hier stand der Eindruck des Aufbruchs zur Moderne, die Experimentierfreude und die Vielfalt von Kunst und Literatur im Gegensatz zur Wahrnehmung einer kulturellen Stagnation wenn nicht gar Restauration nach 1945.¹⁸

HISTORISIERUNG

Unübersehbar trug die durch die anerkannten Erfolge der Bundesrepublik beglaubigte Distanzierung von den „Weimarer Verhältnissen“ zu einer systematischen und wissenschaftlichen Historisierung der Epoche zwischen 1918 bis 1933 bei. Das Ergebnis war eine neu dezidiert geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Weimarer Republik im Gegensatz zur geschichtspolitischen Instrumentalisierung der Erinnerung an das Scheitern der ersten deutschen Republik. Brachers grundlegender Studie folgten seit Mitte der 1950er Jahre eine Vielzahl von Untersuchungen, die der Unterscheidung zwischen Bonn und Weimar neue Impulse vermittelten.

¹⁸ Vgl. Schirmer (Anm. 9), S. 140.

So argumentierte der Soziologe Mario Rainer Lepsius, dass die bundesrepublikanische Gesellschaft viel homogener strukturiert sei als die der Weimarer Republik, was erhebliche Auswirkungen auf das Parteiensystem und die Entwicklung konsensueller Überzeugungen hatte. Das galt ebenso für das Problem der Elitenkontinuität. Anders als nach 1918, als viele Beamte weiterhin dem Kaiserreich anhängen und der Republik feindselig begegneten, war das Selbstbild der westdeutschen Beamenschaft durch die Erfahrung des Nationalsozialismus nachhaltig erschüttert und erleichterte das Bekenntnis zum neuen demokratischen Staat der Bundesrepublik. Der Zeithistoriker Udo Wengst resümierte, dass es „Weimarer Verhältnisse“ unter den Beamten der Bundesrepublik „nie gegeben“ habe.¹⁹

Doch ging Weimar in der Kontrastfolie zur jeweiligen Gegenwart der Bundesrepublik nicht auf. Denn alle wichtigen Kontroversen zur historischen Interpretation der Weimarer Republik wie die zwischen den Historikern Werner Conze und Karl Dietrich Bracher zu den Gründen für das Scheitern des Parteienstaates wiesen immer über die konkrete historische Situation hinaus. Sie bildeten stets einen Kern für grundsätzliche Debatten über die Bedingungsfaktoren stabiler Demokratien in der Moderne.²⁰ Dafür stellte der deutsche Fall ohne Zweifel einen besonders dramatischen Fall dar, der für jede neue Generation die politische Selbstverortung gegenüber Weimar zur Aufgabe machte. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand und der Historisierung der Weimarer Republik seit den 1970er Jahren konnte man den Vergleich jedoch auch auf die Fragilität von Demokratien außerhalb Deutschlands anwenden.

In der Bundesrepublik wie in der DDR ging es nach 1949 darum, den Schnitt gegenüber 1933 und 1945 besonders hervorzuheben. Die Wie-

¹⁹ Mario Rainer Lepsius, Die Bundesrepublik Deutschland in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Entwicklungen: Einige methodische Überlegungen, in: ders./Werner Conze (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 11–19, hier S. 12. Vgl. Udo Wengst, Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtenengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953, Düsseldorf 1988, S. 314; Recker (Anm. 7), S. 291.

²⁰ Vgl. Peter Steinbach, Die Weimarer Republik – Kontrastfolie deutscher Demokratiegeschichte und politischer Integration, in: Politische Vierteljahresschrift 4/1994, S. 702–714, hier S. 707 f. Vgl. Schirmer (Anm. 9), S. 130.

derkehr des Nationalsozialismus zu verhindern, führte jedoch in den beiden deutschen Staaten zu ganz unterschiedlichen Antworten und geschichtspolitischen Rekursen auf die Republik von 1918. In der kommunistischen Auslegung stellte sie die allenfalls demokratisch camouflierte Variante einer bürgerlichen Klassenherrschaft dar, die 1933 im Faschismus enden musste. In diesem Sinne wurden die Geschichte Weimars und des Nationalsozialismus unter Berufung auf die negative Trias von Bürgerlichkeit, Imperialismus und Faschismus zusammengezogen und ihr im Zeichen des Antifaschismus das sowjetische Modell, die Aufhebung der bürgerlichen durch eine proletarische Klassenherrschaft, entgegengestellt.

Dagegen hielt man in Westdeutschland nach 1945 im Zeichen der Totalitarismuskritik, die Nationalsozialismus und Kommunismus als ideologische Erfahrungen von Unfreiheit zusammenband, an der Republik als Gehäuse des parlamentarischen Verfassungsstaates fest und konzentrierte sich auf die historischen Mängel ihrer Selbstbehauptung in der Krise, die schließlich 1933 in den Untergang geführt hatten.²¹

VERÄNDERTE VORZEICHEN

Die vielfältigen Umbrüche von 1989 bis 1991, vom Ende der deutsch-deutschen Teilung bis zum Auslaufen des Kalten Kriegs und dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, markierten für Rekurse auf die Weimarer Republik einen Einschnitt. Die am Ende der 1980er Jahre relativ gesicherte Kontinuität der geschichtspolitischen Selbstversicherung, die die Bonner Republik als Anti-Weimar erscheinen ließ, lief aus und warf spätestens mit dem symbolisch wichtigen Umzug der Regierung nach Berlin und der Gestaltung der Gedenkstätten in der Hauptstadt die Frage nach einem neuen Selbstverständnis der Berliner Republik auf.

²¹ Vgl. ebd., S. 130f.; Heinrich August Winkler, *Aus Weimar lernen? Über Deutschlands noch immer gespaltene Geschichtskultur*, in: Hans Wilderrotter/Michael Dorrman (Hrsg.), *Wege nach Weimar. Auf der Suche nach der Einheit von Kunst und Politik*, Berlin 1999, S. 291–295; ders., *Kein Bruch mit Lenin. Die Weimarer Republik im Geschichtsbild von SED und PDS*, in: ders., *Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert*, München 1997, S. 107–122.

Dabei behauptete sich der Rekurs auf Weimar, und bis in die Gegenwart bleibt der implizite oder explizite Vergleich zur ersten demokratischen Republik ein suggestives Mittel der politischen Kommunikation. Wie zuvor wirken dabei zwei Varianten des Weimar-Vergleichs: entweder als Versuch, die Furcht vor einer abermals gefährdeten Demokratie in Deutschland einzudämmen, als Erweis also, dass „Berlin“ so wenig wie „Bonn“ in der Gefahr ist, „Weimar“ zu werden; oder als warnender Appell, solche Verhältnisse nicht eintreten zu lassen und die Adressaten des Weimar-Vergleichs für die Gefährdung der Demokratie zu sensibilisieren, um die demokratische Ordnung gerade dadurch wehrhaft zu machen.²²

Wenn der historische Rekurs weiterhin mit ähnlichen Mechanismen funktioniert, so haben sich seit 1989 entscheidende Rahmenbedingungen verändert und zu neuen Akzenten geführt.²³ Bemerkenswert war bereits der Stellenwert des Weimar-Vergleichs in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte nach 1990.²⁴ So wurden aus ostdeutscher Perspektive die politische Revolution und nationale Wende von 1989/90 in die Kontinuität von Konflikten der Weimarer Republik gestellt, erschienen „Weimarer Verhältnisse“ für das Ende der DDR konstitutiv. Mitglieder der SED/PDS bemühten sich, die Bürgerrechtsbewegungen in die Tradition der Räte von 1918 zu stellen.

Auf einer von der „Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte“ organisierten Diskussion über die „drei deutschen Republiken 1918 und 1949“ unterstrich der Philosoph Peter Ruben die Kontinuität der Konfliktlinien: „Zwischen 1945 und 1949 haben sich die Bürgerkriegsparteien von 1918/19, die Reichstagsmehrheit einerseits und die revolutionäre Linke andererseits, erneut einander entgegengestellt. Sie haben sich im Bündnis mit ihren Alliierten staatlich organisiert und die Fragestellung von 1918 ‚Räterepublik oder Nationalversammlung‘ reproduziert.“ Die Verklärung der Räte war genauso bemerkenswert wie die dop-

²² Vgl. Bärenbrinker/Jakubowski (Anm. 7), S. 436.

²³ Vgl. Hans Mommsen, *Die Weimarer Republik und die Bundesrepublik nach der Wende*, in: Balke/Wagner (Anm. 9), S. 111–124.

²⁴ Vgl. Wolfgang Bialas, *Weimar in der DDR. Von der Faszination des historischen Traumas*, in: ebd., S. 147–168.

pelte Kritik an der Verantwortung der Kommunisten für den Untergang Weimars und das Ende der DDR: „Ich bin auch der Meinung, dass Weimar wie die DDR an der Unfähigkeit der Kommunisten scheiterten, die Aussichtslosigkeit des Räteprinzips im ökonomischen Sinne zu begreifen und die Demokratie als zivile Demokratie, als Form der Konstituierung der Nation zu akzeptieren. Die Kommunisten sind einer Illusion aufgefressen, als sie glaubten, es könne eine politische Konstitution der Arbeiterschaft als Klasse geben.“²⁵

Neben der Funktion des Weimar-Vergleichs als Mittel der Aufarbeitung der DDR-Geschichte stimulierten neue Krisensymptome seit den 1990er Jahren den Hinweis auf die 1920er Jahre. So fragte der israelische Publizist Uri Avnery Ende 1992 angesichts der rechtsextremen Gewaltwelle und der Zunahme nationalistischer Strömungen in der gesamtdeutschen Gesellschaft: „Ist das eine Wiederholung der Weimarer Geschichte?“²⁶ Seither haben sich die Krisenzeichen eher vervielfältigt. Dazu zählen die rechtsextremistische Gewalt, überhaupt eine zunehmende Gewaltbereitschaft von links und rechts, der Niedergang der Volksparteien, die wahrgenommene Zersplitterung des Parteiengefüges, das Aufkommen populistischer Bewegungen in vielen europäischen Gesellschaften und darüber hinaus.

Der Hinweis auf „Weimarer Verhältnisse“ in der Berliner Republik weist aber noch eine weitere Dimension auf, denn die Debatten um die Selbstpositionierung des neuvereinigten Deutschland drehen sich nicht erst seit dem Aufkommen der „Alternative für Deutschland“ um den Stellenwert des Nationalen, der Nation und des Nationalstaates als Antwort auf Globalisierungserfahrungen und die Krise der europäischen Integration.²⁷ Das wurde auch vor 1989 zwar immer wieder thematisiert, etwa in der erbitterten Diskussion um die angebliche „Normalisierung“ der deutschen Geschichte im Zuge des Historikerstreits um die Historisierbarkeit des Nationalsozialismus, doch seit den 1990er

Jahren hat diese Diskussion erheblich an Schärfe gewonnen. Diese Symptome lassen die Gegenwart als eine Bewährungsprobe der Demokratie im 21. Jahrhundert erscheinen und akzentuieren die Frage nach der „Wiederholung“ oder „Wiederholbarkeit“ der Geschichte neu.

ZEITLOSE CHIFFRE

Hier wird ein Grundproblem historischer Sinnstiftung erkennbar, nämlich das Verhältnis von Einmaligkeit und Wiederholbarkeit vergangener Konstellationen, das den von dem Staatsrechtler Carl Schmitt unterschiedenen drei Sinnschichten historischer Kontinuität – „Prognose, Diagnose und historische Parallele“ – zugrunde liegt.²⁸ Jeder Rekurs auf „Weimar“ setzt ein bestimmtes Deutungswissen des Publikums voraus. Ohne diese Wissensspeicher lassen sich Analogien und Metaphern nicht glaubwürdig kommunizieren. Damit aber wird die Vergangenheit zwischen 1918 und 1933 zu einer Vergangenheit, die sich einem „Vorher“ und „Nachher“ entzieht. Eher erscheint die Geschichte als eine komplexe Struktur sich überlagernder Zeitschichten, in denen im Späteren das Frühere stets erkennbar und abrufbar bleibt.

Die Metapher der Zeitschicht verweist auf den Bereich der Geologie, auf sedimentierte Formationen, die sich im Laufe der Erdgeschichte mit verschiedenen Geschwindigkeiten verändert und voneinander abgehoben haben. Historische Zeiten sind in diesem Sinne weniger als diachrone Abfolge zu verstehen, sondern als ein Phänomen der Mehrschichtigkeit, der polyvalenten Semantiken und der Gleichzeitigkeit von historisch ungleichzeitigen Bedeutungsebenen.²⁹

Wendet man diese Überlegung auf das Sprechen über „Weimar“ an, also auf den Einsatz der Weimar-Vergleiche in der politisch-historischen Argumentation, dann wird die besondere Spannung zwischen der Einmaligkeit historischer Ereignisse einerseits und einer Wiederholungsstruktur, der Wiederkehr und Wiedererkennbarkeit

25 Auszüge aus einer Podiumsdiskussion der „Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte“, in: Neues Deutschland, 27./28. November 1993.

26 Uri Avnery, *Wiederholung der Geschichte?*, in: Der Spiegel 49/1992, S. 30 ff.

27 Vgl. Schirmer (Anm. 9), S. 140 f.

28 Carl Schmitt, Donoso Cortés in gesamteuropäischer Interpretation. Vier Aufsätze, Köln 1950, S. 87. Vgl. Reinhard Mehring, Carl Schmitt. Aufstieg und Fall. Eine Biographie, München 2009, S. 435.

29 Vgl. Reinhart Koselleck, *Zeitschichten* (1995), in: ders., *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt/M. 2000, S. 19–26.

durch strukturelle Analogien, andererseits sichtbar. So wie auch das Sprechen auf die Wiedererkennbarkeit von Lexik und Grammatiken in der Sprache oder die Forderung der wiederholt anwendbaren Gesetze auf die Forderung nach Gerechtigkeit zurückverweist, so setzt jeder Bezug auf die Weimarer Republik ein Minimum an Rekurrenz, an Analogiebildung, an historischer Wiederholungsstruktur und Wiedererkennbarkeit voraus, um überhaupt verstanden und vermittelt werden zu können.

Hermeneutisch lässt sich dies mit dem von dem Philosophen Hans Blumenberg entwickelten Begriff der Präfiguration verknüpfen. Mit ihm verwies er auf die Eigenmächtigkeit eines bestimmten historischen Vorrats an Bedeutungen, auf die in einer bestimmten Situation zurückgegriffen wird. Der unter Umständen nahezu zwanghafte Akt der Wiederholung des Präfigurats kann für die Handelnden eine besondere Wirkung entfalten, weil sich mit der Wiederholung „die Erwartung der Herstellung des identischen Effekts“ verbindet.³⁰

In diesem Sinne wirkte und wirkt die Chiffre „Weimar“ für die geschichtspolitische Selbstvergewisserung als Präfigurat. Seine Virulenz erinnert uns daran, dass die Zeitschichten viel dichter aufeinander ruhen, als es die gängige Selbstversicherung von hundert Jahren Abstand, von drei oder vier Generationen, nahelegt. Der Erste Weltkrieg, die deutsche Revolution 1918, der Kampf um den Frieden und die Möglichkeiten einer politischen und sozialen Demokratie entziehen sich aus dieser Perspektive dem Diktum der Vorvergangenheit, die gerade aus deutscher Perspektive immer wieder bemüht wird, um das Zeitalter der Extreme bis 1945 zu kategorisieren: als seien 1914 und 1918/19 nur Etappen auf dem Weg in die noch größere, noch schlimmere Katastrophe nach 1933, als könne man die Phase zwischen August 1914 und Mai 1945 als „zweiten dreißigjährigen Krieg“ epochal bündeln, als enthalte das Ende des Ersten Weltkriegs und der Beginn der ersten deutschen Republik bereits den Keim zum Zweiten Weltkrieg, als sei es 1933 oder 1939 nur so gekommen, wie es nach 1918 habe

kommen müssen. Demgegenüber bei aller Belastung die Offenheit des historischen Moments von 1918/19 zu betonen, bedeutet auch, dem Vergleich der Gegenwart mit der Vergangenheit seinen deterministischen Grundzug und zynischen Fatalismus zu nehmen.

Aufklärend im besten Sinne wirkt ein Vergleich immer dann, wenn er produktiv verfremdet und dazu zwingt, die eigene Perspektive und die einfache Analogie zu hinterfragen. Denn Geschichte bietet keine einfachen Handlungsanleitungen für die Gegenwart – die Auseinandersetzung mit ihr lässt uns in der Gegenwart aber mehr erkennen.

JÖRN LEONHARD

ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. 2014 veröffentlichte er „Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs“, im Herbst 2018 wird „Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923“ erscheinen.

joern.leonhard@geschichte.uni-freiburg.de

³⁰ Hans Blumenberg, Präfiguration. Arbeit am politischen Mythos, Berlin 2014, S. 9. Vgl. Reinhart Koselleck, Geschichte, Geschichten und formale Zeitstrukturen (1973), in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt/M. 1989, S. 130–143.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. April 2018

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
21–23/2018, 22. Mai 2018

KLIMA

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.